



**Ulla Jelpke**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 71 252  
📠 (030) 227 – 76 751  
✉ ulla.jelpke@bundestag.de  
[www.ulla-jelpke.de](http://www.ulla-jelpke.de)

# Pressemitteilung

---

Mittwoch, 9. Mai 2007

## Polizeiwillkür gegen G8-Proteste Absurde Terrorvorwürfe sollen Protest einschüchtern

*Die Polizei hat heute Vormittag bundesweit Razzien gegen G8-Gegnerinnen und – Gegner durchgeführt. In Hamburg, Berlin und Bremen und anderen Städten wurden mindestens 40 Wohngemeinschaften und linke Büros durchsucht. Außerdem wurden alternative Server lahmgelegt, die von linken Projekten genutzt werden. Hierzu erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke:*

Bei den Polizeimaßnahmen handelt es sich um willkürliche Schikane gegen Linke, mit denen die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel eingeschüchtert werden soll. Die Bundesanwaltschaft will offenbar die Daumenschrauben anziehen, um dem Gipfel ein ruhiges Hinterland zu bescheren.

Die erhobenen Vorwürfe, die durchsuchten Objekte und Wohngemeinschaften würden von terroristischen Vereinigungen genutzt, sind absolut haltlos. Die Rote Flora in Hamburg, der Mehringhof und das besetzte Bethanien in Berlin, der Server SO36.net sind keine Brutstätten des Terrorismus, sondern alternative, linke Projekte. Der Regierung und ihrem Sicherheitsapparat sind diese offensichtlich ein Dorn im Auge.

Wer noch einen Beleg dafür gesucht hat, dass der Gipfel der G8 eine undemokratische Veranstaltung ist, hat ihn nun von der Polizei geliefert bekommen. Proteste sollen kriminalisiert, die Strukturen des Widerstandes durchleuchtet werden. Dafür ist der Generalbundesanwältin kein Vorwand zu absurd.

Der Paragraph 129a erweist sich einmal mehr als politischer Kampfparagraph, der vorrangig dazu dient, aus Regierungssicht missliebige Organisationen zu kriminalisieren und den Vorwand für Hausdurchsuchungen zu liefern.

Trotz der heutigen Willkürmaßnahmen wird der Gipfel auf den massiven Protest linker, fortschrittlicher Bewegungen stoßen.